



Auch das gemeinsame Sommerfest von BDD und HDE in Berlin (siehe auch Seite 8) stand ganz im Zeichen der Bundestagswahl am 24. September.

Vor der Wahl

Am 24. September ist Bundestagswahl. Wir haben Dienstleister gefragt, welche relevanten Themen sie auf der politischen Agenda der neuen Bundesregierung sehen wollen.

Bei der Bundestagswahl werden im Herbst zentrale Weichen für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland gestellt. Der BDD misst die Wahlprogramme der Parteien daran, ob sie ausreichende Freiräume für einen funktionierenden Wettbewerb und für notwendige Zukunftsinvestitionen in der überwiegend mittelständisch geprägten Dienstleistungsbranche schaffen. Das kommt nicht nur den Unternehmen zugute, sondern auch dem gesellschaftlichen Wohlstand. Zur Bundestagswahl hat der BDD seine wichtigsten Forderungen (beruhend auf einer Mitgliederumfrage) kompakt zusammengefasst.

Abbau der kalten Progression entschieden vorantreiben: Der Fiskus in Deutschland kann sich nicht beklagen:

Seit Jahren steigen die Einnahmen. Die Steuerquote lag im Jahr 2015 mit 22,3 Prozent so hoch wie zuletzt 1985. Während das nominale Bruttoinlandsprodukt seit 2010 um 20 Prozent stieg, legten die Steuereinnahmen um 30 Prozent zu. Der Bund und zehn Bundesländer kamen im vergangenen Jahr ohne neue Schulden aus oder erwirtschafteten sogar Überschüsse. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, den Steuerzahler an den Überschüssen des Staates teilhaben zu lassen. Neben Grund- und Kinderfreibetrag gehört der stark ansteigende Tarifverlauf auf den Prüfstand. Die Steuerprogression führt in vielen Fällen dazu, dass die zu zahlende Steuer prozentual stärker steigt als das Einkommen. So kann aus einer Lohnerhöhung unter dem Strich ein Minus werden.

Weniger Sozialabgaben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer: Nicht nur die Steuerlast, sondern auch die steigenden Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung werden zu einer zunehmenden Belastung für Arbeitgeber und für Arbeitnehmer. Um den weiteren Beschäftigungsaufbau nicht zu gefährden, muss der Faktor Arbeit entlastet werden. Arbeitnehmern muss mehr Geld für die private Altersvorsorge bleiben. Dies kann neben entsprechenden Anpassungen des Steuertarifs auch durch Freibeträge bei der Sozialversicherung erreicht werden. Der BDD fordert eine dauerhafte Senkung der Sozialversicherungsbeitragssätze. In den Sozialversicherungen sind weitere Ausgaben senkende Strukturreformen unverzichtbar. Die bisherigen Maßnahmen reichen schon angesichts der demografischen Entwicklung nicht aus, um die Beitragssatzsumme dauerhaft unter 40 Prozent zu halten. Außerdem: Weitere Ausnahmen zur „Rente mit 67“ darf es nicht geben.

Bürokratieabbau endlich ernst nehmen: Überregulierungen hemmen in Deutschland Innovationen und Investitionen. Ein konsequenter Bürokratieabbau und eine Reduzierung der Regulierungsdichte schaffen Freiräume, er- »

INHALT

- 1_Bundestagswahl 2017
- 2_Steuerentlastungen
- 3_Personalien/Impressum
- 4_WLAN: rechtssicher
- 5_Innenstädte/Dieselvebote
- 6_Praxis: Lieferdienst/Falschgeld
- 7_Region Hessen/Porträts
- 8_Sommerfest in Berlin/Termine

Im Vorfeld der Wahl haben BDD und HDE in den vergangenen Wochen gemeinsam mit hochrangigen Politikern in Berlin gesprochen: Diskutiert wurde u. a. mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (Bild links, m.), den Abgeordneten Jana Schimke und Marie-Luise Dött (beide CDU), der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Brigitte Zypries sowie dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder.



höhen die Standortattraktivität, beseitigen Wachstumshemmnisse und sind damit ein wichtiger Baustein für mehr Beschäftigung. Trotz aller Lippenbekenntnisse bleiben auch Start-ups von der überbordenden Bürokratie nicht verschont. So führt die Pflicht für Existenzgründer, monatliche Umsatzsteuervoranmeldungen abzugeben, zu einer Buchführungspflicht durch die Hintertür, obwohl die handelsrechtliche Buchführungspflicht erst ab 600.000 Euro besteht.

Keine Rentenpflicht für Selbstständige: Der BDD lehnt die zwangsweise Einbeziehung von Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung ab. Durch eine solche Zwangsmitgliedschaft würden zusätzliche künftige Fi-

nanzierungslasten für die gesetzliche Rentenversicherung geschaffen, obwohl deren Finanzierungsbasis angesichts der demografischen Entwicklung absehbar schrumpfen wird. Um Altersarmut zu vermeiden, sollte stattdessen über eine Vorsorgepflicht für Selbstständige nachgedacht werden. Wir brauchen Anpassungen unserer Alterssicherungssysteme, damit die gesetzliche Rentenversicherung tatsächlich nachhaltig leistungsfähig und finanzierbar bleibt. Gleichzeitig gilt es, neue Fehler in der Rentenpolitik (Stichwort „Rente mit 63“ und „Mütterrente“) zu vermeiden.

Arbeitsrecht flexibilisieren – Einstieg in Arbeit erleichtern: Deutschland braucht mehr und nicht weniger Chan-

cen auf Einstieg in Arbeit. Dies gilt nicht nur für die Bewältigung der dringend notwendigen Flüchtlingsintegration, sondern auch für die einheimische Bevölkerung. Insbesondere Langzeitarbeitslose und Menschen ohne Qualifikation brauchen solche Arbeitsmöglichkeiten. Ein funktionierender Niedriglohnbereich hat eine unverzichtbare Brückenfunktion. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn darf nicht zur unüberwindbaren Hürde am Arbeitsmarkt werden. Ebenso dürfen flexible Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit und Werkverträge nicht weiter eingeschränkt werden.

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt und ruft auch den Gesetzgeber auf den Plan. Statt mehr Flexibilität

BDD-Präsident Uwe Goebel: Bürger und Unternehmen müssen deutlich

In ihren Wahlprogrammen zur Bundestagswahl am 24. September haben die Parteien ihre Konzepte für die kommende Legislaturperiode vorgelegt. Wie die SPD verspricht auch die CDU/CSU die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen bei der Einkommenssteuer. Ein „Wahlgaschenk“ von 15 Mrd. Euro ist aber nicht ansatzweise ausreichend. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um die Bürger an den sprudelnden Steuereinnahmen teilhaben zu lassen. Und auch die Unternehmen müssen entlastet werden!

Kleine und mittlere Einkommen brauchen mehr Luft zum Atmen. Politiker bekräftigen – wohlfeil wohlfeil – die Notwendigkeit der privaten Vorsorge fürs Alter. Für Familien mit Durchschnittseinkommen, abzuzahlender Immobilie und Kindern im schulpflichtigen Alter ist das schlicht nicht möglich. Dagegen schwimmt der Staat geradezu im Geld.

Nächste Baustelle: Die Gewerbesteuer. Sie ist ein Relikt aus der steuerrechtlichen Steinzeit. Seit den 80er

Jahren wurde sie nicht angepasst: Der Gewerbesteuerfreibetrag von 24.500 Euro für Personengesellschaften – 100.000 Euro wären hier längst angemessen. Die gewerbesteuerliche Hinzurechnungsbesteuerung von Zinsen, Mieten und Pachten ist eine krasse Benachteiligung der Unternehmer in Innenstadtlagen. Die auf 380 Prozent Hebesatz begrenzte Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer – das war vor 10 Jahren gerade noch in Ordnung, heute hat fast



für Unternehmen hat die Politik dabei v. a. mehr Regulierung im Sinn, z. B. einen Anspruch für Arbeitnehmer auf Homeoffice. Der BDD fordert ein dringend notwendiges Umdenken der Politik und eine Hinwendung zu mehr Flexibilität zum Wohle der Arbeitnehmer wie auch der Arbeitgeber.

Für eine Energiewende mit Augenmaß: Schon jetzt tragen Verbraucher und Dienstleister über die EEG-Umlage maßgeblich dazu bei, dass Deutschland bis zum Jahr 2025 gut 45 Prozent seines Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen beziehen wird. Doch die nach wie vor unfaire Verteilung der Kosten für die Energiewende bremst das Wachstum. Die energieintensive Industrie wird von zusätzlichen

Neue Büroleiterin in Brüssel

Zum 1. September 2017 übernahm Antje Gerstein die Geschäftsführung Europapolitik und leitet das Büro des Handelsverbandes Deutschland (HDE) in Brüssel. Sie vertritt damit dort auch die Interessen des Bundesverbands der Dienstleister (BDD). Sie kommt von der Bundesvereinigung der

Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), wo sie seit 2014 als Geschäftsführerin und als Leiterin der Repräsentanz in Brüssel tätig war. Gerstein berichtet direkt an die HDE-/BDD-Bundesgeschäftsführung in Berlin.



Neue Expertin für Bildung

Wachwechsel im Berliner HDE-/BDD-Büro: Katharina Weinert löste im Frühjahr den langjährigen HDE-/BDD-Experten für berufliche Bildung Wilfried Malcher ab, der in den Ruhestand ging. Weinert hat sich als Abteilungsleiterin Bildungspolitik und Berufsbildung für allem die digitalen Themen in Sachen Ausbildung auf die Fahnen geschrieben. Was Ka-

tharina Weinert am meisten umtreibt und auch Anliegen der Dienstleister ist, hat eine Umfrage des HDE bestätigt: Die unzureichende schulische Qualifikation von Bewerber*innen ist das größte Hindernis bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen (s. a. Seite 4).



Kosten befreit – aber Dienstleistungsunternehmen und jeder Haushalt zahlen dafür die Zeche. Die Energiewende bedarf eines neuen, fairen Finanzierungssystems. Erforderlich

ist auch der Abbau unnötiger Umlagen und Ausnahmen. Es ist zudem für mehr Transparenz bei der Förderung stromintensiver Industrien zu sorgen.

entlastet werden!



jede größere Stadt längst Hebesätze von 440 Prozent und mehr. Die Personengesellschaften zahlen schleichend immer höhere Steuern. Wer überdurchschnittlich verdient, zahlt bereits den Löwenanteil der Staatseinnahmen.

Auch bei der CDU/CSU bräuchte es viel mehr Mut, die unteren Einkommen zielgerichtet zu entlasten. Das Baukindergeld und auch die Befreiung von der Grunderwerbsteuer bringen kaum spürbare

Impulse. Und auch dem dringenden Reformbedarf bei der Unternehmensbesteuerung widmen sich auch CDU und CSU nur unzureichend. Dabei ist eine Strukturreform mit Vereinfachungen und Systematisierungen des Steuerrechts auch in diesem Bereich überfällig.

Als BDD werden wir uns auch in der kommenden Legislaturperiode für die steuerliche Entlastung und Vereinfachung einsetzen – zum Wohle der Dienstleister und der Bürger!

Digitaler Innovationschub

Lange wurde argumentiert und gefochten. Auch der BDD wurde nicht müde, eine Abschaffung der Störerhaftung zu erreichen. Ende Juni stimmte der Bundestag endgültig zu.

Die beschlossene Änderung des Telemediengesetzes und die Abschaffung der WLAN-Störerhaftung sieht der BDD als großen Schritt zur weiteren Digitalisierung von Dienstleistung und Einzelhandel sowie des öffentlichen Raums insgesamt. „Die Abschaffung der WLAN-Störerhaftung wird zu einem digitalen Innovationsschub bei den Dienstleistungen und im Handel führen“, erläuterte BDD-Bundesgeschäftsführer Stefan Genth. „Online-Angebote und Geschäftsräume beziehungsweise Unternehmen in den Innenstädten werden noch enger verzahnt werden, die Kunden dürfen sich auf viele neue Services freuen.“

Für alle stationären Anbieter ist WLAN von großer Bedeutung. Denn Innovationen wie eine Navigation in Zentren und Geschäften oder mobile Bezahlung setzen voraus, dass die Kunden mit ihren Smartphones im Geschäft Zugriff auf das Internet haben.

„**Der Ausbau öffentlicher WLAN-Angebote birgt große Chancen für die Innenstädte.**“

Stefan Genth, BDD

Aufgrund baulicher Gegebenheiten oder schlechter Netze ist das aber oft nur per WLAN sicherzustellen. Die jetzt abgeschaffte WLAN-Störerhaftung schreckte in der Vergangenheit viele Unternehmer davon ab, die damit verbundenen rechtlichen Risiken in Kauf zu nehmen und offenes WLAN für die Kunden anzubieten. Denn die WLAN-Störerhaftung machte den Anbieter des WLANs für Rechtsverletzungen der Nutzer verantwortlich. „Die beschlossene Änderung des Telemediengesetzes ist ein großer Fortschritt“, so Genth.

Das neue Gesetz stellt WLAN-Anbieter weitgehend von Kostenansprüchen

frei. Für Dienstleister ist außerdem entscheidend, dass die WLAN-Angebote nicht verpflichtend mit Passwörtern oder Registrierungen geschützt werden müssen. Denn dann wäre es den meisten Kunden zu mühsam, sich einzuloggen und die digitalen Angebote würden folglich kaum genutzt.

Potenzial für WLAN im Dienstleistungssektor sieht der BDD beispielsweise bei der digitalen Informationsvermittlung. Diese ermöglicht es den Kunden, Angebote und Leistungen vor Ort zu begutachten und dann per Smartphone zusätzliche Produktinformationen zu erhalten sowie gleich Termine zu reservieren. „Im Ausbau öffentlicher WLAN-Angebote liegen auch große Chancen für die Innenstädte. Neben den Dienstleistern werden Handel und Gastronomie, aber auch Nahverkehrsunternehmen und die Verwaltung den Kunden digitale Angebote machen“, beschreibt Genth weiter.

Den Abmahnmissbrauch stoppen

Gemeinsam mit anderen Verbänden setzt sich der BDD gegen den Abmahnmissbrauch ein. „Es gibt eine regelrechte Abmahnindustrie, die Unternehmer systematisch wegen kleinster Formfehler in ihren Online-Auftritten abmahnt. Hier muss die Politik die Vorgaben ändern“, so HDE/BDD-Rechtsexperte Peter Schröder. Teilweise würden Firmen oder Verbände nur gegründet, um anschließend wahllos abmahnen zu können. Deshalb sei es entscheidend, den finanziellen Anreiz für Abmahnungen zu beseitigen. Der Gesetzgeber solle deshalb die Hürden für Verbände

und Unternehmen erhöhen, die Händler abmahnen wollen. Darüber hinaus müsse der sogenannte „fliegende Gerichtsstand“ abgeschafft werden. Ansonsten suchten sich die Abmahner das für sie günstigste Gericht heraus. „Die aktuelle Lage führt zu großen finanziellen Belastungen für Dienstleister und Händler. Aber auch die Gerichte werden durch die hohe Zahl an Abmahnungen und die anschließenden Rechtsstreitigkeiten stark in Anspruch genommen“, so Schröder weiter. **Das gemeinsame Papier der Verbände gibt es unter: <http://bit.ly/2sWFIBc>**

Was die digitale Ausbildung erfordert

Bei einem parlamentarischen Frühstück von BDD und HDE zur „Bildung für die Zukunft“ machte BDD-Bundesgeschäftsführer Stefan Genth deutlich, dass Bund und Länder mehr Geld für die IT- und Medienausstattung der Schulen ausgeben müssen: „Die von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka zugesagte Förderung von 5 Mrd. Euro für digitale Bildung an Schulen kann nur als Starthilfe gewertet werden.“ Bund und Länder müssten in diesem Bereich noch enger kooperieren. Außerdem forderte Genth die Stärkung der beruflichen Aus- und Fortbildung – und zwar verstärkt mit Hilfe der Berufsorientierung an den Schulen.

Zukunft der Innenstädte sichern

In einem Positionspapier setzen sich HDE und Deutscher Städtetag für lebendige Citys ein. Dies ist auch für die Dienstleistungsbranche hoch relevant, denn es geht um Vernetzung aller Player vor Ort.

„**Lebendige Städte verbinden Einkaufen, Wohnen, Arbeiten und Kultur** und ermöglichen Kommunikation und Begegnung. Die Innenstädte können trotz stark wachsendem E-Commerce attraktiv bleiben, wenn Online und Offline-Angebote klug kombiniert und dafür neue Geschäftsmodelle entwickelt werden“, so der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy. Es gelte, eine gute Versorgung der Bevölkerung zu sichern, die soziale Vielfalt der Städte zu erhalten, Leerstände zu vermeiden und Einzelhandelskonzepte weiterzuentwickeln. Die Städte setzen sich deshalb gemeinsam mit dem HDE für eine Verantwortungsgemeinschaft von Stadt, Dienstleistern, Handel sowie Eigentümern ein und unterstützen entsprechende Initiativen. Der BDD befürwortet dies sehr.

„**Ohne Dienstleister und Einzelhandel gibt es keine attraktive Innenstadt.** Damit diese Unternehmen in Zeiten



Gemeinsame Aufgabe: lebendige Städte.

des wachsenden E-Commerce erfolgreich weiter arbeiten können, muss aber die Infrastruktur stimmen“, so BDD-Bundesgeschäftsführer Stefan

Genth. Dazu gehöre beispielsweise der Ausbau von Breitbandnetzen für eine flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet. Denn immer mehr Dienstleister und Händler bauen sich im Internet ein zweites Standbein auf und verknüpfen on- und offline. Stadt und Wirtschaft erwarten deshalb, dass Bund und Länder die Kommunen insbesondere durch entsprechende Einbeziehung in die Breitbandförderprogramme aktiv unterstützen.

Städtetag und Handelsverband machen in ihrem Papier deutlich, dass die flächendeckende Versorgung der Bürger durch Dienstleister und Handel künftig nur dann gewährleistet werden kann, wenn alle Beteiligten eng zusammenarbeiten und die Politik auf allen Ebenen am selben Strang zieht.

Das gemeinsame Positionspapier finden Sie unter www.einzelhandel.de/Innenstadt

Diskussion um Diesel: Fahrverbote sind schädlich

Die Diskussion über Einfahrverbote für Diesel-Fahrzeuge schadet den Innenstädten. „Alle Bemühungen um attraktive Innenstädte wären durch Einfahrverbote wirkungslos. Investitionen der Städte in die Erreichbarkeit der Zentren würden in Frage gestellt. Schon die Androhung von Sperrungen führt dazu, dass notwendige Investitionen ausgesetzt werden, um die Entwicklung abzuwarten“, so BDD-Bundesgeschäftsführer Stefan Genth. Massenhafte Einfahrverbote für Privatautos würden zu einem weiteren Rückgang der Besucher in den ohnehin oft unter sinkenden Kundenfrequenzen lei-

denden Innenstädten führen. Besitzer von betroffenen Diesel-Pkw würden die Innenstädte meiden und außerhalb der Zentren einkaufen. In der Folge drohe eine weitere Verschärfung des Leerstands in vielen Citys. „Fahrverbote müssen auf jeden Fall verhindert werden. Die Auto-Hersteller sind in der Pflicht, die entsprechenden Modelle nachzurüsten und für die Einhaltung der gesetzlichen Grenzwerte zu sorgen“, so Genth weiter. Zudem sollten konkurrenzfähige Alternativen zum konventionellen Pkw angeschoben werden. Neben der Förderung der E-Mobilität durch bedingungslose fi-

nanzielle Unterstützung von Investitionen in Ladesäulen auf innerstädtischen, müsse auch der öffentliche Nahverkehr auf alternative Antriebe umgestellt und in der Fläche ausgebaut werden. Darüber hinaus betont der BDD, dass eventuelle Fahrverbote unter gar keinen Umständen der Lieferverkehr für innerstädtische Unternehmen mit einbezogen werden dürfe. „Insbesondere kleine und mittelständische Dienstleister und Händler sind oft mit kleinen Lkw in den Städten unterwegs. Sie bilden das Rückgrat für eine funktionierende Stadt und dürfen nicht zusätzlich belastet werden“, so Genth.

Falschgeld: kein Problem

Ein sehr erfreuliches Ergebnis: Beim Bezahlen taucht im deutschen Geschäftsleben weiterhin kaum Falschgeld auf.

Aktuelle Zahlen der Deutschen Bundesbank zeigen, dass im Einzelhandel in Deutschland kaum Falschgeld als Wechselgeld auftaucht. „Falschgeld macht nicht mal 0,01 Promille des Umsatzes bei Dienstleister und Handel aus. Damit liegt der Schaden durch Falschgeld gemessen an den 490 Mrd. Euro Jahres-Umsatz im kaum feststellbaren Promillebereich“, so Ulrich Binneböbel, der BDD-Experte für Zahlungsverkehr. Die Deutsche Bundesbank hatte bekannt gegeben, dass in den ersten sechs Monaten diesen Jahres 39.700 falsche Euro-Banknoten im deutschen Zahlungsverkehr registriert wurden.

> 0,01

Promille

liegt der Anteil von Falschgeld in deutschen Kassen derzeit
(Quelle: Bundesbank).

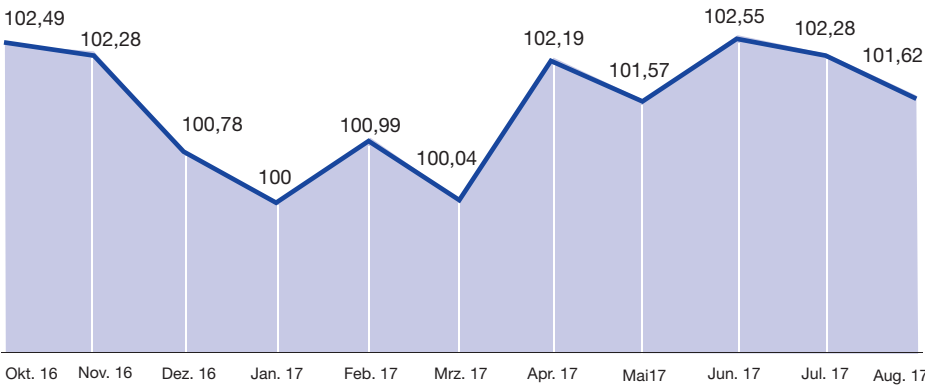
Die durch Falschgeld entstandene Schadenssumme beträgt damit 2,2 Mio. Euro im ersten Halbjahr. Im Vergleichszeitraum 2016 betrug der Schaden 2,3 Mio. Euro. „Verlässliche Kon-

trollen durch geschultes Personal und entsprechende Prüfgeräte im Einzelhandel sowie die Ermittlungsarbeit der Polizei machen den Fälschern das Leben schwer“, so Binneböbel weiter. Nachdem im April der neue 50-Euro Schein der sogenannten Europa-Serie eingeführt wurde, erwartet der Experte einen weiteren Rückgang der falschen Banknoten. Denn der 50er Schein macht mit fast zwei Dritteln der gefälschten Noten bislang den Hauptanteil aus. Binneböbel: „Die Europa-Serie macht es den Fälschern mit den neuen Sicherheitsmerkmalen spürbar schwer.“

Gemeinsam mit der polizeilichen Kriminalprävention haben BDD/HDE ein Merkblatt herausgegeben, das zur Erkennung von Fälschungen beitragen soll:
<http://bit.ly/2eMumY4>.

KONSUMSTIMMUNG NUR MIT LEICHTEM DÄMPFER

Konsumbarometer August 2017



Quelle HDE

Sommer 2017: Das Konsumbarometer

Das Konsumbarometer von BDD-Schwesterverband HDE und Handelsblatt Research Institute sinkt im August zwar den zweiten Monat in Folge leicht, bleibt aber insgesamt auf einem hohen Niveau. Der BDD erwarten dementsprechend für die kommenden

drei Monate einen weiterhin kräftigen privaten Konsum. „Die Stimmung der Verbraucher ist weiter gut, der private Konsum wird auch in den nächsten Monaten eine Stütze für die Volkswirtschaft bleiben“ so BDD-Bundesgeschäftsführer Stefan Genth.

Morgenstund‘ hat Gold im Mund

Was mit Amazon Fresh oder dem Rewe Lieferservice im Lebensmittelhandel gerade erst beginnt, ist bei Backwaren bereits jahrelang geübte Praxis. Seit über 25 Jahren beliefert beispielsweise das Unternehmen Morgengold (www.morgengold.de) Frühstücksdienste Haushalte in Deutschland und Österreich mit Backwaren. Allein 2016 hat der Marktführer der Backwarenliefersdienste rund 47 Mio. Backwaren ausgeliefert. In Darmstadt hat sich jetzt der 100.000. Haushalt für diesen Service entschieden. Geliefert wird von derzeit 100 Standorten, die von über 80 Franchise-Partnern geführt werden. Die lokalen Morgengold-Betriebe beziehen ihre Backwaren in der Regel von regionalen Handwerksbäckereien. „Damit schaffen sie Vertrauen und können eine frische Qualität der Backwaren garantieren“, so Gründer und Geschäftsführer Franz Smeja. „Darüber hinaus schätzen unsere Kunden den persönlichen Kontakt zu ihrem Morgengold-Betrieb.“



Hessen Biegenstr. 4 (Lahncenter), 35037 Marburg, Tel.: 06421/910070,
Fax: 06421/910079, E-Mail: hessen@bdd-online.de

Für saubere Luft

Reine saubere Luft ohne Feinstaub oder Gerüche: Das ist keine Illusion, sondern mit den entsprechenden Geräten leicht erreichbar. „Für viele Menschen ist tiefes Atmen normal. Aber was atmen wir überhaupt ein? Wann merken wir was wir alles geatmet haben und welche Auswirkungen hat dies auf unsere Gesundheit?“, erläutert Lothar Schneider, der geschäftsführende Gesellschafter des Unternehmens Aludo. Erste Symptome von verunreinigter Luft zeigten sich bei Allergikern am schnellsten und deutlichsten, beschreibt Schneider, der sich schon seit dem Studium der Energieeffizienz von Gebäuden, der Lüftungstechnik mit hoher Wärmerückgewinnung und der Passivhaustechnologie widmet. Schneiders Aludo GmbH ist ein ge-

Kontakt

Adresse: Aludo GmbH
Hannah-Ahrendt-Str. 3 - 7
35037 Marburg/Lahn
Tel.: 06421/982 648 - 0
Fax: 06421/982 648 - 1
E-Mail: info@aludo-air.de
Internet: www.aludo-air.de



gründeter Hersteller für Geräte zur Luftreinigung. Durch qualitativ hochwertigste Komponenten werden die in Marburg gebauten Geräte zum absolut essenziellen Hilfsmittel gegen Partikel, Feinstaub oder auch Gerüche zuhause. Besonders Allergiker profitieren von der einzigartigen Technologie.

Besonderer Service des Unternehmens: Wer die Geräte von Aludo GmbH geschäftlich oder auch privat nur für eine bestimmte Zeit mieten möchte auf, kann dies ganz einfach per Anfrage tun. Auf der Homepage informiert das Unternehmen zum Thema Filtration und über die Funktionsweise der unterschiedlichen Geräte. Im angegliederten Online-Shop kann unter in Ruhe jedes Gerät nochmals in unterschiedlichen Farbausführungen und Filtervarianten studiert werden.

Unser Tipp: Im Downloadbereich gibt es eine ausführliche Broschüre zu den Geräten, die nicht nur im privaten Bereich, sondern auch am Arbeitsplatz, z. B. im Büro, Altenheim oder Fitnessstudio eingesetzt werden können. Das können Sie testen: Aludo bietet jederzeit ein Beratungsgespräch via Telefon (06421-9826480), Mail (info@aludo-air.de) oder auch persönlich an.

Impressum

Herausgeber

Bundesverband der
Dienstleistungsunternehmen (BDD)
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
Tel.: 030/726 250 23, Fax: 030/726 250 19
E-Mail: info@bdd-online.de
www.bdd-online.de

Redaktion/Layout

Max Conzemius, Andrea Kurtz,
Wilfried Lülsdorf, Elfriede Münk

Gestaltung und Umsetzung

BUNTEKUH Medien/LPV GmbH
Charlottenstraße 65,
10117 Berlin,
Tel.: 02631/879 0, Fax: 02631/879 201
www.buntekuh-medien.de

Mediadaten und Anzeigenpreise

www.bdd-online.de

Biedenkopf: der BDD im Austausch

Ein besonderer Veranstaltungsort erwartete die BDD-Mitglieder und Gäste am 22 Juni im hessischen Biedenkopf: Mein Kleinhotel ist ein Hotel im Garten, dort am Standort in Biedenkopf und ebenso auch in Herbstein. Mein Kleinhotel ist aber auch ein Hotel-Franchise-Konzept, mit dem sich interessierte Familien oder Landwirte naturnah, mit individueller Architektur und unkompliziert ebenfalls als Hotelier selbstständig machen können. Gastgeberin und Geschäftsführerin Nicole Ann Habich und Expansionsleiter Felix Lehm empfingen den BDD im Frühstücksraum des Hotels.

Rund 30 Anwesende tauschten sich in Biedenkopf u.a. mit Rechtsanwältin Michaela Detsch zur Unternehmensnachfolge aus. Die Fachanwältin für Steuerrecht aus Biedenkopf sensibilisierte die Anwesenden dafür, sich

schon vor der Zeit mit der Planung der Unternehmensnachfolge zu beschäftigen und so Unvorhersehbares vorzubeugen. Mehr dazu unter: www.fsr-anwaeltinnen.de. Die Liquiditätsverbesserung im Unternehmen hatte sich Maik Schönwetter, Unternehmensberater aus Florstadt, vorgenommen. Er informierte über verblüffende Möglichkeiten für Unternehmer Anlagevermögen in liquide Mittel zu transferieren (www.msfinanz.eu). Und dann ging es zur Gesundheit. „Luft ist ein Lebensmittel“, erläuterte Diplom-Ingenieur Lothar Schneider (FH), Chef der Aludo GmbH aus Marburg (s. o.).

Das aktive Netzwerken konnte nach draußen verlegt werden. Die nächste BDD-Veranstaltung findet in Kirchhain am 14. September 2017 statt. Details dazu unter: <http://www.bdd-hessen.de/unternehmertreffen.html>

Sommer, Sonne, Wahlkampf

Beim Sommerfest von Dienstleistung und Handel in Berlin konnte die BDD-Spitze am 19. Juni knapp 1.000 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verbänden begrüßen.



1

1 Gut gelaunt: der Abgeordnete Hans Michelbach.



2

2 Erwartungsfroh: Stefan Genth mit FDP-Generalsekretärin Nicola Beer.



3

3 Sommerlich: Die Abgeordnete Marie-Luise Dött.



4

4 Gute Stimmung für intensive Gespräche.



5 Solider Partner: Der CDU-Wirtschaftsexperte Dr. Michael Fuchs (MdB).

6 Im Einsatz: BDD-Präsident Uwe Goebel, Stefan Genth und Dr. Matthias Händle (AVE).

7 Gern gesehen: Minister a. D. Dirk Niebel (FDP).



Termine

11. Oktober, Köln

Seminar ‚Kreativtechniken für Marketing, Blogs, Facebook & Co.‘
www.bte.de

14. November, Köln

Infotag ‚Apps und digitale Tools‘
www.bte.de

15./16. November, Berlin

Deutscher Handelskongress
www.handelskongress.de

16. November, Berlin

BDD-Delegierten-Versammlung
www.bdd-online.de

29. – 30. November, Köln

BTE/EHI-Kongress
‚Energie-Management‘
www.ehi.org;
www.bte.de

5. Dezember, Brüssel

HDE/BDD-Nikolausempfang
www.bdd-online.de



Mehr Fotos von der Veranstaltung finden Sie unter www.einzelhandel.de/sommerfest

Fotos HDE